

van Lith, Ulrich

Article — Digitized Version

Wie sollte das deutsche Bildungssystem reformiert werden? - Reformen in einem System verwalteter Bildung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: van Lith, Ulrich (2002) : Wie sollte das deutsche Bildungssystem reformiert werden? - Reformen in einem System verwalteter Bildung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 82, Iss. 1, pp. 9-14

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/41249>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

3. Die Grundschule muss stärker als bisher die Basisqualifikationen vermitteln. Wir in NRW sind dabei, die Grundschulrichtlinien zu überarbeiten. PISA gibt uns hier richtungweisende Hinweise. Dabei geht es u.a. um die Stärkung des Lesens, mathematischer Grundkenntnisse und naturwissenschaftlicher Kompetenzen. Standards für Kenntnisse und Kompetenzen sollen klarer definiert werden.

4. Wir wollen die Ganztagsangebote weiter ausbauen – und zwar aus bildungspolitischen Gründen. Deutschland hat in diesem Bereich den Anschluss verloren, unter anderem auch deswegen, weil Ganztagsbetreuung noch vor einigen Jahren gesellschaftlich nicht akzeptiert und von vielen Eltern auch gar nicht gewollt wurde. PISA hat gezeigt, dass es deutschen Schulen im internationalen Vergleich kaum gelingt, die Koppelung von sozialer Herkunft und Schulerfolg aufzubrechen. Kinder aus einem schwachen sozialen Umfeld werden nicht ausreichend gefördert. Ganztagsangebote sind eine Möglichkeit, die Förderung zu verbessern. Allerdings zeigt PISA auch, dass Ganztagsangebote allein nicht für bessere Leistungen bei Schülerinnen und Schülern sorgen. Es kommt auf die Qualität

an, auf den Bildungsaspekt. Wir haben deshalb die Zuschüsse für die Übermittags- und Nachmittagsangebote an NRW-Schulen stark erhöht, vor allem für die Grund- und Hauptschulen. So kann qualitativ hochwertige Arbeit finanziert werden, etwa Nachhilfe und Sprachförderung.

Bei den Ganztagsangeboten bauen wir im Übrigen auf einem guten Fundament auf. In Nordrhein-Westfalen befinden sich bereits mehr als ein Drittel aller klassischen Ganztagschulen in Deutschland.

5. Wir wollen die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen stärken. Denn Länder, in denen Schulen mehr Freiheiten haben wie Schweden, Finnland und Kanada, schneiden besser ab. Selbstständige Schulen können sich besser auf ihre Schüler einstellen, Motivation und Zufriedenheit sind größer. In NRW startet im kommenden Schuljahr der Modellversuch „Selbstständige Schule“ mit voraussichtlich 350 Schulen, die z.B. neue Unterrichtskonzepte erproben und frei über ein eigenes Personal- und Sachmittelbudget verfügen können. Positive Erfahrungen aus dem Versuch werden so bald als möglich auf alle NRW-Schulen übertragen.

6. Die Lehreraus- und -fortbildung muss verbessert werden. Ich möchte, dass ein Kollegium ein eigenes Fortbildungsbudget bekommt. Schulleiter und Lehrer diskutieren dann gemeinsam darüber, was wichtig und nötig ist, wer welche Fortbildung wahrnimmt. Auch so würde wieder ein Stück Verantwortung in die Schule selbst gegeben. Auch muss der Praxisbezug in der Lehrerbildung verstärkt werden, etwa durch frühzeitige Praktika. Eine entsprechende Änderung des Lehrerbildungsgesetzes befindet sich zur Zeit in der parlamentarischen Beratung.

Alle Beteiligten wissen, dass Veränderungsprozesse in Bildungssystemen Zeit benötigen. Deshalb müssen wir davon ausgehen, dass Deutschland bei der nächsten Runde von PISA im Jahre 2003 noch nicht den großen Sprung auf einen Spitzenplatz machen wird. Wir können aber erwarten, dass einige der bereits nach TIMSS eingeleiteten oder nun vorgesehenen neuen Maßnahmen erste Wirkungen zeigen. Die Entwicklung und Sicherung der Qualität schulischer Arbeit und ihrer Ergebnisse ist allerdings eine Daueraufgabe, die einen langen Atem braucht, aber angesichts der Ergebnisse von PISA auch keine Verzögerung verträgt.

Ulrich van Lith

Reformen in einem System verwalteter Bildung

Die jüngst veröffentlichten Ergebnisse der OECD-Studie PISA (Programme for International Student Assessment) bringen im Gesamtergebnis nichts Neues. Schon aus den Ergebnissen von

TIMSS (Trends in Mathematics and Science) ist bekannt, dass die deutschen Schulen Mittelmäßiges und teilweise weniger leisten. Doch hat sich nach TIMSS etwas geändert? Und wussten wir nicht

bereits vorher, dass unser Bildungssystem, auch und gerade die Hochschulen, Schwächen aufweist und dass Deutschland für Studierende an Attraktivität verloren hat? Die Prognose ist, dass

sich auch nach der PISA-Studie wenig ändern wird.

Die Kommentare und die Forderungen nach zu ergreifenden Maßnahmen sind nach der PISA-Studie so zahlreich und vielfältig wie die Interessengruppen der Beteiligten, seien es vorneweg die Politiker, die zuständigen Ministerien, seien es die Lehrerverbände, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Die einen wollen verständlicherweise wieder neue Aktionsprogramme durch Maßnahmengesetze und Rechtsverordnungen; die anderen mehr Geld und dass Eltern ihre Kinder besser erziehen; andere wiederum wollen, dass die Schulabsolventen bestimmten genormten Standards genügen – so zumindest die Verbände, und deren Mitglieder wollen möglicherweise etwas anderes.

Die eigentlich Betroffenen hört man nicht, die Schüler/innen und Studierenden, um deren Zukunft es geht, die vielen Eltern, die in der Regel wünschen und viel dafür tun, dass aus ihren Kindern etwas wird. Man hört auch wenig von den rund 800 000 fachlichen und pädagogischen Experten und von den Schulleitern. Nun wäre es gut, wenn letztere statt zu reden und öffentlich zu diskutieren, überlegen und handeln würden. Aber das ist schon seit TIMSS selten der Fall und unterbleibt meistens, weil man daran gewöhnt ist, dass oben nachgedacht und entschieden wird.

Blick auf die übergeordnete Behörde

Wie stichhaltig die PISA-Studie auch sein mag, fest steht schon lange, dass das Schul- und Hochschulsystem der Bundesrepublik Deutschland deutliche Leistungsschwächen aufweist und in seiner Effizienz erheblich gesteigert werden könnte. Dabei sind Leistungsschwächen und Effizienz nicht

simpel an Kennzahlen und vordefinierten einheitlichen Standards festzumachen. Effizienz ist weit mehr. Die Fülle von staatlichen Vorgaben, die vom einzelnen aus- und weiterzubildenden Individuum und den Bedingungen, unter denen es jeweils lebt und arbeitet, ablenkt, ist deutlich wahrnehmbar. Das geradezu planwirtschaftliche Vorgehen lenkt den Blick auf die übergeordnete Behörde. Diese bürokratische Ausrichtung, die trotz zaghafter Änderungsversuche immer noch besteht, macht das System und seine einzelnen Teile so träge und leistungsschwach, so indifferent gegenüber Qualität und Erfolg.

Wie kann das System verbessert werden? Von oben permanent anzuschieben und anzutreiben reicht nicht, erst recht lässt sich damit nicht Qualität erzeugen, die sich am Individuum, seinen Anlagen und Möglichkeiten einerseits und den Anforderungen der Gesellschaft, des Berufes und des Arbeitslebens andererseits orientieren muss. Die Antriebskräfte müssen in jedem Teil des Systems, den einzelnen Schulen, Fakultäten und Hochschulen vorhanden sein. Diese müssen von sich aus daran interessiert sein, Leistungen und Qualität zu erzeugen, mit denen sie nicht nur gerade einmal den staatlichen TÜV bestehen, sondern weit mehr. Schulen und Hochschulen müssen aus eigenem Antrieb interessiert sein zu prüfen, ob sie die Schüler und Studierenden fit für jede Lage und alle möglichen Bedingungen in Gesellschaft und Beruf machen – und aus dem Ergebnis Schlüsse ziehen. Das Engagement und der gute Wille einzelner Lehrer und Pädagogen reicht dazu nicht aus, auch nicht das Engagement oben in der Spitze der Verwaltung. Das alles ist aus Planwirtschaften bekannt.

Welche wesentlichen Reformschritte müssen von Seiten der Politiker unternommen werden, um dieses Ziel zu erreichen? Leistung, Qualität im Detail, Lesekompetenz, naturwissenschaftlich-technisches Wissen und Verständnis in den verschiedensten Schattierungen und Varianten produziert das System von selbst.

Mehr Verantwortung

1. Die Schulen, Fakultäten und Hochschulen sollten für ihr Tun Verantwortung auch in Form des Leistungs- und Qualitätsrisikos tragen und für Leistung honoriert werden. Solange das nicht der Fall ist, wird sich an der Leistung und Qualität dieser Einrichtungen und unseres Bildungssystems insgesamt wenig ändern. Es wird so weitergehen wie nach der Veröffentlichung der ersten TIMSS-Studie.

Bisher tragen die Schüler/innen und die Studierenden das Risiko der schlechten Qualität allein – zusammen mit dem Steuerzahler. Selbst in kleinen Idealgemeinschaften mit hohen ethischen Zielen, wie etwa in klösterlichen Gemeinschaften, lässt die Leistung und deren Qualität nach, wenn nicht in einem gewissen Maße sichergestellt ist, dass das Risiko und die Konsequenzen des eigenen Handelns getragen werden müssen. Das gilt erst recht für Einrichtungen wie öffentliche Schulen, wo allein über eine ethische Normengebung und Berufsethos Leistungen von hoher Qualität nicht erreicht werden können. Die Existenz einer Schule wie auch einer Hochschule oder Fakultät nicht an die von ihr erbrachten Leistungen zu binden und diese Einrichtungen nicht ein gewisses Maß an Risiko tragen zu lassen, ist falsch und führt im Laufe der Zeit zu erheblichen Leistungsschwächen, die wir in Deutschland generell beobachten können.

Risiko tragen bedeutet konkret, dass sowohl die Institution Schule als auch die Universität und ihre Fakultäten in ihrer Existenz von dem, was sie leisten, abhängen und Lehrer und Professoren entsprechend freisetzen können. Für letztere ist in ihrer Eigenschaft als Lehrende kein Beamtenstatus erforderlich, wohl aber als Forscher. Forschung verlangt aufgrund der Eigenart der Leistung (Grundlagenforschung) eine langfristige wirtschaftliche Absicherung, um sich einer wissenschaftlichen Frage in Unabhängigkeit widmen zu können.

Aber auch hier muss es nicht die beamtete Stellung sein, sondern ein Status, der zumindest in außergewöhnlichen Situationen, etwa weil eine Fakultät nicht mehr in der Lage ist, Studierende für ihr Studienprogramm zu attrahieren, die Freisetzung und damit die flexiblere Anpassung an neue Anforderungen der Forschung oder des Arbeitsmarktes ermöglicht. So ist z.B. die amerikanische Tenure nicht gleichzusetzen mit Verbeamtung und ihre Ausgestaltung unterschiedlich.

Die jüngste Besoldungsreform für Professoren (*W-Besoldung*) geht insofern in die richtige Richtung. Sie wird aber nicht unmittelbar durch Leistung gesteuert. Das gilt vor allem für die Lehre. Sie bindet den einzelnen akademischen Lehrer nicht an die Fakultät, an deren Leistung und Existenz, und sie ist außerdem immer noch zu starr und nicht in der Lage, Leistungen ausreichend zu honorieren, d.h. von dem Gelingen, Studierende erfolgreich für Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft auszubilden, abhängig zu machen.

Mehr Selbständigkeit

2. Leistung ist in der Lehre unmittelbar vom Markt her bzw. von den Bildungswünschen der Schü-

ler, Eltern, Studierenden, den Aus- und Weiterbildungsanforderungen der privaten und öffentlichen Arbeitgeber sowie von neuen Erkenntnissen der Forschung her zu definieren, nicht dagegen durch Vorgaben, Standards und Kennzahlen der staatlichen Verwaltung. Die einzelne Schule wie auch die Fakultät als Lehrorganisation der Universität ist daran zu messen, wie sie diese Aufgabe unter Berücksichtigung der natürlichen Anlagen, Begabungen und Vorkenntnisse der Schüler und Studierenden mit Blick auf die Anforderungen weiterführender Schulen oder auf die Anforderungen in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen erledigt. Die Schule und Fakultät muss ein Interesse an Leistung in dem Maße wie die ausbildenden Betriebe der deutschen Wirtschaft entwickeln, die ihren eigenen Nachwuchs mit Sorgfalt ausbilden, weil ihre Zukunft davon abhängt.

An der PISA-Studie werden sich die Geister in Bezug auf Leistung und wie sie zu erreichen ist scheiden: Noch mehr staatliche Vorgaben, Aktionsprogramme und staatliche Interventionen in die Schulen und Gängelung derselben oder Hebung des brachliegenden Know How und des Engagements der gegängelten rund 800 000 Lehrer/innen und ihrer Schulleitungen durch Verselbständigung der Schulen – wie etwa in den nordischen Ländern?

Bei mehr Selbständigkeit dürfte mit Sicherheit zu erwarten sein, dass die Lehrer und die Schulleitungen ein regeres Interesse für die Frage entwickeln, wie ihre fachliche und pädagogische Arbeit fruchtet, unter anderem im Vergleich mit anderen Schulen, ohne das Ergebnis gleich an die große

öffentliche Glocke zu hängen. Sie werden interessiert sein zu erfahren, ob etwa die Lesefähigkeit und das Leseverständnis in dem Maße wie an Schulen mit ähnlichem Umfeld in ihrer Nähe vorhanden ist, die Englisch-, Mathematik- und naturwissenschaftlichen Kenntnisse sich messen lassen können mit denen anderer Schulen der Stadt oder Region, und wo möglicherweise Defizite und Schwächen, aber auch Stärken in der eigenen Leistung liegen. Es macht wenig Sinn, die Ergebnisse von unterschiedlich ausgerichteten nationalen Schulsystemen zu vergleichen. Sich aber fachlich und in den pädagogischen Leistungen an der erreichbaren Qualität zu messen, ist sinnvoll und hilft, die Verantwortung für die schulische Bildung der eigenen Schüler und Schülerinnen und deren erfolgreiche Zukunft zu tragen.

TIMSS und PISA sind nützlich als Informationen. Es hilft aber wenig, die Beantwortung dieser oder ähnlicher standardisierter Fragebögen einzuüben, um in Zukunft auf der Lernkurve höher zu steigen, wie dies offenbar Ländern gelungen ist, die seit 15 Jahren an diesen Programmen teilnehmen. Das lenkt leicht von den eigentlichen pädagogischen und fachlichen Aufgaben und Zielen ab, die von Land zu Land durchaus unterschiedlich sein können und sich naturgemäß nicht an einem wie auch immer definierten Standard, selbst nicht innerhalb eines Kulturbereichs und auch nicht über die administrierten Grenzen von Schulbezirken und Bundesländern hinweg messen lassen.

Marktorientierung der Ausbildung

3. Unmittelbare Orientierung der Schulen und Hochschulen am Markt und an den Bildungswün-

schen der Bürger bedeutet nicht, dass der Markt alles von allein regelt, aber der Markt regelt viel, weil dabei der Bürger im Vordergrund steht. Abgesehen vom Ordnungsrahmen, dessen Gestaltung hoheitliche, staatliche Aufgabe ist, wird der Staat auch den Markt beobachten und punktuell und korrigierend in ihn eingreifen müssen, wenn sich Fehlentwicklungen abzeichnen.

Der Staat wird vor allem sein Gebiet für die Ansiedlung leistungsstarker Schulen und Hochschulen attraktiv machen müssen. Distanz von den eigenen kommunalen Schulen, Öffnung für Wettbewerb aus dem Ausland, für Investitionen in Schulen und Universitäten von außen, Zulassung auch der Rekrutierung von Schülern und Schülerinnen durch ausländische Universitäten an deutschen Gymnasien und Gesamtschulen auch vor dem Abschluss der zwölften

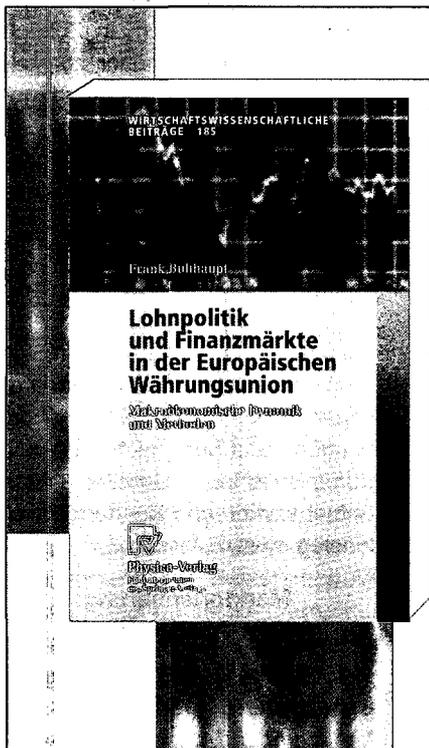
Klasse, sind den eigenen Bürgern nützlicher und steigern die Leistungsfähigkeit des gesamten Systems. Der Staat aber verantwortet nicht mehr fachlich und pädagogisch, was in den Schulen geschieht, und zeichnet auch nicht mehr für Studiengänge und -inhalte, für Studienzeiten und Kapazitäten der Hochschulen verantwortlich.

4. Der Hochschulzugang ist neu zu ordnen, die Zentralstelle für die Vermittlung von Studienplätzen (ZVS) zu schließen und die Zulassungs- und Auswahlentscheidung den Hochschulen und ihren Fakultäten zu überlassen. Die zentrale Vermittlung von Studienplätzen hat seit ihrem Bestehen die Effizienz der deutschen Hochschulen aus verschiedenen Gründen ungünstig beeinflusst und passt aufgrund der neueren Entwicklungen, wie Profilierung der Fakultäten, Wettbewerb unter ihnen, Europäi-

sierung, d.h. ein für alle Bürger der Europäischen Union freier Zugang zu den privaten und staatlichen Hochschulen der Bundesrepublik, überhaupt nicht mehr ins System.

5. Eigenständige öffentliche Schulen, wie sie sich inzwischen auch in Deutschland in den Anfängen entwickeln, erfordern eine eindeutige interne Zuordnung der Entscheidungsbefugnisse und Verantwortlichkeiten. Eine Vielzahl von Gremien und die Einbindung von Nichtbediensteten, z. B. Eltern und Studierende, in die Entscheidungen und Verantwortlichkeiten verwischen diese und führen dazu, dass letztendlich intern niemand die Verantwortung tragen will und Entscheidungsprozesse langwierig werden. Unter derartigen Organisationsbedingungen wird Leistung und eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung nicht möglich sein.

6. Lehrerausbildende Fakultäten sind durch den Lehrmarkt, also



F. Bulthaupt

Lohnpolitik und Finanzmärkte in der Europäischen Währungsunion

Makroökonomische Dynamik und Methoden

Die Studie entwickelt dynamische makroökonomische Ansätze, um die Heterogenität der europäischen Volkswirtschaften modelltheoretisch zu erfassen.

2001. VIII, 299 S. 25 Abb. (Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge. Bd. 185) Brosch.
 € 54,95; £ 36,-; sFr 85,- ISBN 3-7908-1424-5

Springer · Kundenservice
 Haberstr. 7 · 69126 Heidelberg
 Tel.: (0 62 21) 345 - 217/-218
 Fax: (0 62 21) 345 - 229
 e-mail: orders@springer.de

Die €-Preise für Bücher sind gültig in Deutschland und enthalten 7% MwSt. Preisänderungen und Irrtümer vorbehalten. d&p - 008389_sfix_1c



Springer

die Lehrer nachfragenden Schulen zu bewerten. Der Zustand, dass Fakultäten Lehrer ausbilden, ohne davon abhängig zu sein, dass diese eine adäquate Anstellung finden und eine Rückkoppelung über notwendige Qualifikationserfordernisse erfolgt, muss beendet werden. Sobald Schulen ihre Lehrer eigenständig einstellen und in die Praxis einführen, wird sich herauskristalisieren, welche Fakultäten was in der Lehrerausbildung leisten.

Staatliche Schulfinanzierung

7. Die Marktorientierung muss durch eine staatliche Finanzierung des Schulplatzes entsprechend der Wahl der Eltern erfolgen, etwa als Pro-Kopf-Finanzierung der durchschnittlichen Kosten eines Schulplatzes nach Schulstufen. Die staatlichen Mittel (Landesmittel) und die kommunalen Mittel können der gewählten Schule zugewiesen werden. Besser noch wären Bildungsgutscheine oder ein Bildungsgeld (ein um die durchschnittlichen Kosten eines Schulplatzes aufgestocktes Kindergeld), das den Eltern zweckgebunden zur Verfügung steht. Dies würde die Orientierung am Markt, an den Bildungswünschen und -erfordernissen des gesellschaftlichen Umfeldes wesentlich fördern, die Eltern in eine Position bringen, die die Zusammenarbeit von Schule und Eltern stärkt, ohne dass letztere an schulinternen Entscheidungen mitwirken müssten.

International zeichnet sich diese Entwicklung immer stärker ab, und die Pauschalierung der deutschen Privatschulfinanzierung, die zunehmend die Defizitdeckungsfinanzierung in den Bundesländern ersetzt, ist ein Verfahren, das in gleicher Weise auf die öffentlichen Schulen angewandt werden könnte. Die Einarbeitung der Investitionspauschalen der Länder und der Sachmittelzuwendungen der

Kommunen in diese Mittel würde die Gleichstellung von privaten und staatlichen Schulen, den staatlich anerkannten Schulen also, herbeiführen. Sie wäre die Grundlage für einen freien europäischen Bildungsmarkt, auf dem die Mittel den staatlich anerkannten Schulen zufließen, die die Eltern und Studierende über die nationalen, staatlich-administrativen Grenzen hinweg wählen. Die Tauschwirtschaft in Form des Schüler- und Studentenaustausches auf dem europäischen Bildungsmarkt hätte ein Ende.

Die Vor- und Nachteile der einzelnen Schulen, und die Stärken und Schwächen der jeweiligen Systeme und ihrer Elemente, würden unmittelbar den Erwartungen der Schüler, Eltern und Studierenden über ihre jeweilige Leistungsfähigkeit und Zweckmäßigkeit ausgesetzt. Das, was PISA und TIMSS zutage fördern, wird verifiziert oder auch nicht und gegebenenfalls durch den Druck der Wahlentscheidungen der europäischen Bildungsbürger schneller korrigiert, als dies je durch Anordnung von oben mit einem Heer auf Lebenszeit beamteter Lehrer geleistet werden kann.

Hochschulfinanzierung

8. Studiengeld als Entgelt für die Nutzung von Hochschulressourcen darf kein Tabu mehr sein. Allerdings sollte die Erhebung von Studiengeld, das der jeweiligen Hochschule als wirtschaftlich eigenständiger Einrichtung und nicht dem Staat zufließt, nur den Hochschulen und deren Fakultäten möglich sein, die für den einzelnen Studierenden die Studienbedingungen individuell einklagbar verbessern. Die Studierenden würden einem solchen Verfahren zustimmen, da sich hierdurch ihre Situation verbessern würde. Nach wie vor verzichtet aber der Staat

auf die Möglichkeit, die Studienbedingungen mit Hilfe dieses ökonomischen Hebels zu verbessern.

Dabei ist nur mit seiner Hilfe eine wirtschaftliche Gleichstellung der Lehre mit der Forschung und der Nebentätigkeit (schwer abzugrenzende und zu kontrollierende genehmigungspflichtige Tätigkeiten außerhalb der Hochschule) der Professoren und anderer Lehrender möglich. Denn im Gegensatz zu Leistungen in der Lehre lassen sich über Forschung und Nebentätigkeit zum Teil ganz erhebliche Nebenverdienste und eine bessere Ausstattung des Lehrstuhls erreichen. Ohne Studiengeld wird die Benachteiligung der Lehre – die große Schwäche der deutschen Universitäten – gegenüber der Forschung nicht in den Griff zu bekommen sein. Schließlich kann man die Nebentätigkeit, die sowieso schwer von Forschungsaufgaben zu trennen ist, nicht untersagen. Dies würde den Know-How- und Technologietransfer, der immer noch ein Schwachpunkt deutscher Hochschulen ist, noch weiter schwächen.

Schulen sind keine erwerbswirtschaftlichen Unternehmen, Bildung erfordert auch eine andere Kultur und Organisation der Leistungsprozesse als die Wirtschaft. Deshalb sind manche Vorstellungen, die insbesondere von Seiten der Wirtschaft und ihrer Verbände geäußert werden, zu relativieren. Erst recht darf keinem Ökonomismus das Wort geredet werden. Aber Schulen und Hochschulen und die in ihnen Tätigen müssen in angemessener Weise für ihr Tun in die Verantwortung genommen und an den Risiken ihrer Leistungen wie auch am Erfolg beteiligt werden. Hier liegen z.B. die Schwachpunkte der nordrhein-westfälischen Schulreform, die ansonsten in die richtige Richtung weist.